



Friedrich Haag

Sprecher für Wohnungsbau und individuelle Mobilität
FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

REDE

**anlässlich der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs
der Landesregierung – Gesetz für schnelleres Bauen**

**am 13. März 2025
im Landtag von Baden-Württemberg**

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir sind froh, dass wie die Novelle jetzt endlich im Landtag haben. Es ist ja viel Zeit vergangen. Kommen wir zu einem Begriff, den die Ministerin gerne benutzt: Mut. Sie preisen diese Novelle als mutig und innovativ an. Doch lassen Sie uns das einmal genauer unter die Lupe nehmen.

- Sie schaffen das Widerspruchsverfahren ab? Das hat Bayern schon 2007 getan.
- Sie führen eine Genehmigungsfiktion ein? Das gibt es bereits in Bayern, Hamburg oder Sachsen-Anhalt und anderen Ländern.
- Sie überführen die Allgemeine Ausführungsverordnung in die LBO? Das hat der Normenkontrollrat schon lange gefordert.
- Und die Typengenehmigung? Die ist in fast jedem anderen Bundesland längst Bestandteil der LBO.

Also frage ich Sie: Wo genau ist hier der Mut? Wo ist die Innovation? Sie setzen um, was andere Länder schon lange vor Ihnen getan haben. Und was seit Jahren auf dem Tisch liegt. Das ist nicht mutig – das ist längst überfällig! Und hierfür haben Sie auch noch über zwei Jahre gebraucht.

Die Anhörung zur LBO-Novelle hat klar gezeigt: Das, was Sie hier vorschlagen, ist akzeptabel. Aber es ist kein „Game Changer“. Obwohl sie das gerne behaupten. Sie hätten so viel mehr tun können. Beim Stellplatzschlüssel zum Beispiel wäre echter Mut gefragt gewesen! Aber das war Ihnen dann doch zu heikel, sich gegen Hermann durchzusetzen. Schon vor der Anhörung haben wir die Kommunalisierung gefordert. In der Anhörung haben 7 von 8 Verbänden diese gefordert. Man muss festhalten, das ist bei weitem nicht genug.

Noch gravierender: Ihre Änderungen in der LBO verlieren an Wirkung, wenn Sie nicht endlich auch die übertriebenen Standards außerhalb der LBO abbauen!

Landtagsbüro
Haus des Landtags

✉ Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart
☎ 0711 2063 9240
📠 0711 2063 149240

✉ friedrich.haag@fdp.landtag-bw.de
🌐 www.friedrich-haag.de
📘 /haagfdp
📷 /haagfdp

Wahlkreisbüro
Stuttgart

✉ Weißenburgstraße 29
70180 Stuttgart
☎ 0711 9459 1111

Ich sage Ihnen eines: Ich freue mich, dass ich die grüne Handschrift hier drin nicht sehe, denn sonst müsste die Novelle nicht „Gesetz für das schnellere Bauen“, sondern „Gesetz für langsames und teureres Bauen“ heißen.

Lassen Sie mich einige Beispiele nennen: Die Koalition hat die teure und unnötige PV-Pflicht eingeführt. Es war die Regierung Kretschmann, die die Grunderwerbssteuer erhöht hat. Und es war diese Regierung, die mit ihrer Grundsteuerreform viele Eigentümer an den Rand der Existenz bringt. Und es ist diese Landesregierung, die das Thema „Eigentum“ im Koalitionsvertrag komplett ausklammert.

Hier wäre Mut gefragt gewesen! Hier müssten Sie ansetzen. Doch genau diesen Mut, Frau Razavi, haben Sie nicht. Nach der Anhörung haben Sie nicht nachgesteuert. Und dabei war die Botschaft der Verbände glasklar: Bei den Stellplätzen müssen Sie ran!

Und was sagt die Bauwirtschaft? Sie fordert, dass Baurechtsämter vollumfänglich die Vollständigkeit eines Bauantrags bestätigen. Das würde beschleunigen und im Hinblick der Genehmigungsfiktion die notwendige Präzision bringen. Doch was tun Sie? Nichts. Sie bleiben stur. Was einmal Ihr Ministerium verlässt, wird nicht mehr korrigiert.

Aber: Für eine Sache muss man sich fast bei der CDU-Fraktion bedanken, dass sie zumindest die überzogenen Personalanforderungen bei den Baurechtsbehörden verhindert hat.

Es gab aber noch eine große Forderung in der Anhörung. Und das habe ich hier auch mehrfach gefordert: Die projektorientierte Verfahrenssteuerung bei Bauanträgen. Der Normenkontrollrat hat das bereits 2019 gefordert. Es gab sogar ein erfolgreiches Pilotprojekt im Rems-Murr-Kreis. Doch was haben Sie daraus gemacht? Eine Hochglanzbroschüre! Prima, immerhin!

Frau Ministerin, wenn Sie wirklich etwas gegen die Baukrise tun wollen, dann müssen Sie an die Baunebenrechte ran. Ja, viele davon fallen in die Zuständigkeit des Umweltministeriums. Aber wenn Ihnen das Bauen wirklich am Herzen liegt, wenn sie wirklich Mut haben wollen, Frau Razavi, dann ist es Ihre Aufgabe, Ihrer Kollegin Frau Walker Druck zu machen!

Und noch etwas: Halten Sie sich an Ihr eigenes Wahlversprechen und senken Sie die Grunderwerbssteuer auf 3,5%! Stattdessen erleben wir von der CDU neue Steuervorschläge, die das Land gar nicht umsetzen kann. Aber wie ernst es die CDU mit Wahlversprechen meint, sehen wir ja aktuell bei Herrn Merz und der Aufweichung der Schuldenbremse oder der Migration.

Letztendlich wird die FDP-Fraktion der Novelle zustimmen – weil sie wenigstens ein paar kleine Schritte für die Bauwirtschaft bringt. Aber es ist nur ein kleiner Schritt, wo ein großer Wurf nötig wäre – mehr ist von dieser Regierung wohl nicht zu erwarten.